

INTERGLOBAL

ITALIEN

Berlusconis Kampf gegen das Recht

Catrin Dinger

Die Zurückweisung des Immunitätsgesetzes durch das Verfassungsgericht scheint für den italienischen Ministerpräsidenten eher Ansporn als Dämpfer zu sein: angestrebtes Ziel ist ein autoritäres Präsidialsystem.

Wut ist ein kurz andauernder Affekt, die direkte Reaktion auf eine von außen kommende Kränkung. Als solche empfand der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi die Entscheidung des obersten Gerichtshofs, das von seiner Regierung verabschiedete Immunitätsgesetz für verfassungswidrig zu erklären. Wutentbrannt beschuldigte er den Staatspräsidenten, die Verfassungsrichter und die Presse eines Komplotts gegen ihn. Seine Hetzrede war jedoch nicht nur die impulsive, unmittelbare Reaktion auf die Urteilsverkündung, sie war vielmehr der Auftakt zu einer neuen Phase der gezielten, ununterbrochenen Aggression gegen die demokratische Ordnung des Landes.

In der ersten Erregung hatte Berlusconi angekündigt, seine Wählerbasis, die Partei „Volk der Freiheit“ zu mobilisieren. Die Androhung wurde jedoch ebenso wenig in die Tat umgesetzt wie die Idee, sich in vorgezogenen

Neuwahlen die Gunst des „Volkes“ noch einmal triumphal bestätigen zu lassen. Erst die im nächsten Jahr stattfindenden Regionalwahlen sollen zum Plebiszit für den nach eigenen Angaben „meistverfolgten Politiker aller Zeiten“ werden. Berlusconi gibt sich kämpferisch: wie 1994 werde die Geschichte nicht noch einmal enden. Damals war seine erste Regierung nur wenige Tage, nachdem ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet worden war, auseinandergebrochen.

Allerdings können nach der Zurückweisung des Gesetzes, das den vier höchsten Staatsträgern für die Dauer ihrer Amtszeit Schutz vor Strafverfolgung garantiert hätte, nun die gegen Berlusconi anhängenden Gerichtsverfahren wieder aufgenommen werden. In Mailand drohen dem Ministerpräsidenten Anklagen wegen Steuerhinterziehung und Bestechung. Ein im vergangenen Jahr dank des Immunitätsgesetzes suspendiertes Korruptionsverfahren, in dem ihm vorgeworfen wird, an seinen ehemaligen Anwalt David Mills 600.000 Dollar Schmiergeld gezahlt zu haben, kann neu aufgerollt werden. Bereits im Frühjahr wurde Mills in erster Instanz zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt, das Gericht sah es damals

als erwiesen an, dass er in mehreren Prozessen Falschaussagen zugunsten Berlusconis gemacht hatte. Derzeit läuft in Mailand das Berufungsverfahren, zu dem der Ministerpräsident als mutmaßlich Bestechender schon bald als Zeuge vorgeladen werden soll.

Mit der Angst vor Strafverfolgung lassen sich Berlusconis unablässige Brandreden nicht erklären.

Es ist jedoch eher unwahrscheinlich, dass Berlusconi aufgrund dieser ausstehenden Gerichtsverfahren tatsächlich zum Rücktritt gezwungen werden könnte, da alle anhängenden Prozesse in absehbarer Zeit verjähren. Außerdem versprach der Justizminister Angelino Alfano, der dem abgelehnten Immunitätsgesetz seinen Namen geliehen hatte, schnellen Ersatz: mittels einer einfachen Gesetzesänderung im Parlament könnten die Verjährungsfristen herabgesetzt werden. Die Möglichkeit einer eventuellen Verurteilung wäre wiederum vereitelt. Trotzdem gehören Berlusconis wü-

tende Hasstiraden noch Tage nach der Urteilsverkündung zum Standardprogramm seiner öffentlichen Auftritte. Mit der Angst vor Strafverfolgung lässt sich die Wiederholung der immer gleichen Brandreden nicht erklären.

Die Behauptung, geheime „Eliten“ planten gemeinsam mit „linken Staatsanwälten“ und in Absprache mit der von einem „Schweizer Unternehmer“ finanzierten „kommunistischen“ Presse einen „Putsch“ gegen ihn, klingt nach einer verschwörungstheoretischen Wahnvorstellung. Doch die Rede verfolgt offenkundig ein präzises Ziel. Mit den Anschuldigungen gegen eine angeblich politisierte Justiz wird die Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft in Zweifel gezogen. Die Beschimpfung jeder liberaldemokratischen politischen Opposition als „kommunistisch“ gehört zum Repertoire, mit der Verleumdung des Medienunternehmers Carlo De Benedetti als unpatriotisch werden dagegen mehrere Ressentiments gleichzeitig bedient. De Benedetti ist auf dem Medienmarkt nicht nur ein direkter Konkurrent von Berlusconis Familienunternehmen, in seiner Verlagsgruppe erscheint auch die Tageszeitung „La Repubblica“, die seit Monaten konstant über Berlusconis